
Die umwölkte Stadt auf dem Hügel – Wirtschaftslage, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskultur in den Vereinigten Staaten

Manfred Prisching

1. Einleitung

„Der HERR hat uns hierhergebracht, über die tosenden Meere, durch Gefahren, welche von Piraten drohten, von lecken Schiffsrümpfen, Stürmen, Feuern, Riffen, Untiefen, Krankheiten, Hungersnöten; und er hat uns diese vielen Jahre bewahrt vor dem Zorn von Fürsten, dem Neid und der Wut von Prälaten, den bösartigen Intrigen von Jesuiten, den meuterischen Anschlägen unzufriedener Menschen, den offenen und verborgenen Angriffen von barbarischen Indianern, den aufrührerischen und zersetzenden Machenschaften von ketzerischen falschen Brüdern.“ (1)

So dankte John Winthrop dem Herrn im Jahre 1643 (2). Die „große Wanderung“, wie sie die Puritaner nannten, hatte in einer gänzlich neuen Gesellschaft geendet, die alles Irdische überstieg und die Herrschaft des Ewigen ankündigte. Der neue „Covenant of Grace“ war ihnen wie „eine Stadt, gelegen auf einem Hügel“, „für alle Welt offen zu schauen“, ein „gelobtes Land“, eine „Arche in Zeiten der Sintflut“, das ganz Neue: das „neue Kanaan“, der *mundus novus*, und doch das ganze Alte, der wiedergewonnene Garten Eden, das ganz neue Land aus einer fernen Vergangenheit. (3)

Mehr als dreihundertfünfzig Jahre später, am Jahresbeginn 1997, schloß der amerikanische Präsident seine Inaugurationsrede mit der Aufforderung, eine Brücke in die Zukunft zu bauen: „a bridge wide enough and strong enough for every American to cross over to a blessed land of new promise.“ (4) Wieder das gesegnete Land, wieder das erneuerte Versprechen. Vergangenheit und Zukunft fließen dergestalt zusammen. Die Gründung Amerikas prägt das Selbstverständnis, die Erwartungen an die Gegenwart und die Hoffnungen auf die Zukunft. Die Schriften der frühen

Siedler und der ersten Präsidenten werden in allen Zeitungsglossen und bei allen Festreden zitiert. Amerika ist in dieser Hinsicht ebenso geschichtslos wie geschichtsbewußt. Es ist und bleibt im Bewußtsein seiner Einwohner das „gelobte Land“, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das Land der Karriere und des Geldes, das Land des Glücklichen und der Moral. Um zu verstehen, was sich in der Wall Street und in den Konzernen, bei amerikanischen Friedensmissionen, Kriegen und Inaugurationsreden, in den Vorzimmern des Kongresses und in den Hinterzimmern der Innenstadtbars abspielt; um insbesondere zu verstehen, wieso die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und Amerika so unterschiedlich verläuft, braucht man zwei- oder dreihundert Jahre amerikanische und zumindest fünfhundert Jahre europäische Geschichte. Das vielgescholtene und vielgerühmte amerikanische Modell soll in der Folge im politischen und kulturellen Kontext erörtert werden.

2. Die neue „amerikanische Herausforderung“

1967 war es noch nicht so weit. In diesem Jahr veröffentlichte Jean-Jacques Servan-Schreiber sein Buch *Le Défi Américain*, auf deutsch *Die amerikanische Herausforderung*. Er beschrieb den wachsenden Einfluß der multinationalen Konzerne unter amerikanischer Führung, die den zivilisierten Kapitalismus der Europäer zerstören würden. Sie kauften ganz Europa auf. Mittlerweile hat sich das Gewicht der Direktinvestitionen (nicht zuletzt unter dem Einfluß des Wechselkursverhältnisses) umgedreht: Alle Welt investiert in den Vereinigten Staaten. Die europäische Wirtschaft erwies sich als widerstandskräftiger, als man gedacht hatte. Die Europäer rühmen sich des öfteren, zugleich wachstumskräftiger und menschenfreundlicher zu sein als die Amerikaner. Zwischendurch war zwar einmal von der „Eurosclerose“ die Rede, aber mit den nachfolgenden Konjunkturaufschwüngen waren auch diese Befürchtungen vom Tisch. Europa macht es anders, aber es kann mithalten. Nur das Beschäftigungsproblem macht Sorgen.

Die Debatte ist freilich in den letzten Jahren wieder aufgeflammt. Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und der Druck der Globalisierung wirken dahin, das liberalkapitalistische amerikanische Modell zu verallgemeinern. Das amerikanische „Beschäftigungswunder“ ist beeindruckend; dort werden zehnmal mehr Jobs geschaffen als im alten Europa. Auf dem alten Kontinent expandieren unaufhaltsam die Arbeitslosen Zahlen; auf dem neuen werden sogar die zahlreichen Immigranten auf irgendeine Weise in das Wirtschaftsleben eingeschleust. Da der Zeitgeist zudem die liberalen Märkte nach angloamerikanischem Vorbild preist, ist der „humane Kapitalismus“ der Europäer (5), ihre „soziale Marktwirtschaft“, ihr „rheinländisches Modell“ (6) gefährdet. Das Gegenmodell zum europäischen Wohlfahrtsstaat, das frische Erfolgsgewißheit ausstrahlt, ist nicht mehr die Planwirtschaft, die in unmittelbarer Nachbarschaft, jenseits des Eisernen Vorhangs, ihr Versagen so deutlich zur

Schau gestellt hat, sondern der amerikanisch-globalisierte „Turbokapitalismus“.

Zur Zeit scheint das „turbokapitalistische“ amerikanische Modell die Oberhand zu haben (7). Das *angloamerikanische Modell* läßt den Märkten weiten Spielraum. Es konzipiert das Wirtschaftsleben als eine individualisierte Welt von unternehmerischen Menschen, die Risiken eingehen und Erfolg haben. Unternehmer folgen ihrem entrepreneurialen Instinkt, wenn sie nicht behindert werden, und Unternehmen erzielen Optimalität durch ein Höchstmaß an Flexibilität (8). Optimales Ergebnis ihres Funktionierens sei die Maximierung des *shareholder value*. Das Modell gründet sich insgesamt auf ein individualistisches Wertsystem, das es dem einzelnen weitgehend überläßt, sein Glück zu finden. Der Staat soll sich deshalb nach Möglichkeit aller Eingriffe enthalten. Märkte seien im Grunde auch sozial gerecht.

Das *kontinentaleuropäische Modell* (besonders in der Ausformung der sozialen Marktwirtschaft in den deutschsprachigen und den skandinavischen Ländern) baut auf Zusammenarbeit und Konsens. Starke Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandeln über Löhne sowie über arbeits- und sozialrechtliche Fragen. Es besteht ein gemeinsames Interesse der Arbeitsmarktparteien an der Wettbewerbsfähigkeit des Systems. Die Kapitalmärkte sind vergleichsweise weniger wichtig, beträchtliche Teile des Kapitals werden von Banken gehalten, die nicht nur auf den aktuellen Jahresgewinn schauen. Es dominiert nicht eindeutig das Interesse der Kapitaleigner, sondern das balancierte Interesse beider Arbeitsmarktparteien. Die Marktbeziehungen sind in höherem Maße durch langfristige Beziehungen geprägt, innerhalb und außerhalb der Unternehmen. Langfristige wirtschaftspolitische Strategien können mit der Unterstützung des Staates durchgeführt werden, aber dieser steht auch in einzelnen Krisenfällen als letzter Retter zur Verfügung. Es besteht ein stärker etatistisches und wohlfahrtsstaatlich orientiertes Wertsystem. (9)

3. Der amerikanische Exzeptionalismus

Um den Wurzeln dieser Auffassungs- und Strukturunterschiede, insbesondere dem amerikanischen *Exzeptionalismus* (10), nachzuspüren, müssen wir einen Umweg über die „Wirtschaftskultur“ nehmen. Die Frage, warum es in den Staaten keinen Sozialismus gebe, hat ja schon etliche Sozialwissenschaftler beschäftigt (11). Um die normativen Hintergründe wenigstens kurz zu erhellen, müssen wir einen Blick auf das Individuum, den Staat, die Gemeinschaft und die Welt werfen.

Erstens das *Individuum*: In den Vereinigten Staaten gibt es nicht, wie in den europäischen Ländern, verschiedene Ideologien. Es besteht ein Grundkonsens, der *American Creed*. Er ist grundsätzlich gegen die Regierung und gegen Autorität gerichtet. Er ist individualistisch, liberalistisch, moralistisch, demokratisch und egalitär. Dieser Glaube hat puritanische Wurzeln; er gründet sich darüber hinaus auf die aufklärerischen Impulse

von Gewissensfreiheit und Toleranz. Er wird allerdings durch den typisch amerikanischen Pragmatismus gebändigt, und diese pragmatische Haltung hat die Entartung des Verstandesdenkens, wie es die Französische Revolution vorführte, verhindert. Die meisten hegen keine grundsätzlichen Zweifel an dem Weg, den *God's own country* nimmt. Härten sind da, um überwunden zu werden. Für jeden gibt es einen Platz da draußen. In einer Welt des meritokratischen Individualismus ist es das Problem der einzelnen, wenn sie nicht zum Wohlstand finden: Man hat seine besonderen Fähigkeiten zu vermarkten, und ist man *a hard-working citizen*, sollte es am Erfolg nicht fehlen. Arbeit und Aufstieg sind Tests für *commitment*, für Disziplin und Selbstaufopferung. Erfolg ist Ergebnis von Glück, guten Kontakten, speziellen Qualifikationen. Erfolg ist Maßstab für persönlichen Wert und moralisches Potential, für den harten Willen und die Fähigkeit, sich selbst über seine Grenzen hinauszutreiben.

Zweitens der *Staat*: Alle Elemente des *American Creed* sind gegen Macht und Regierungsinstitutionen gerichtet, es ist eine *antipower ethic*. Amerikaner haben kein Verhältnis zur europäischen Staatsidee: zu einem Staat, der sich in einem „Apparat“, in Zentralbehörden, verkörpert. In den USA liegt die Souveränität in Verfassung und Recht (12). Es gibt eine zentrale Regierung, die alle Menschen verfassungsgerecht zu verwalten hat; aber sie wird mit Argwohn betrachtet: Deshalb sind die „Staatsausgaben“ auch mit „*government expenditures*“ zu übersetzen. Europäer führen die Rede von einem individualitätstranszendierenden „Gemeinwohl“ auf den Lippen, für Amerikaner ist der Staat nicht mehr als das Aggregat privater Wünsche und Vorstellungen. In Europa ringen Ideologien um die Vorherrschaft, in Amerika Interessen. Soweit amerikanische Bewegungen ideologisch werden, handelt es sich durchwegs um anarchistische Strömungen; politische Extremismen in Europa, ob links oder rechts, waren dagegen immer staatsorientiert. Europa will die Regierungsfähigkeit sichern, Amerikaner haben ein System von *checks and balances* ausgetüftelt, das die Regierung an die Grenze zur Unregierbarkeit manövriert.

Drittens die *Gemeinschaft*: Die Rede von der „Gemeinschaft“ hat in den USA während der letzten Jahre eine Renaissance erlebt. Die *civic responsibility* wird angerufen, *civic commitment* oder *civic engagement* werden beschworen, auf *voluntary associations* wird verwiesen. Diese Verweise sind in weit geringerem Maße bloßes Gerede als in Europa: Amerika wurzelt in örtlichen Gemeinschaften und Siedlungsassoziationen, in denen Gemeinschaftlichkeit eine Frage des Überlebens war. Nach wie vor florieren Gemeindeversammlungen, religiöse Gemeinschaften, Schulgemeinschaften. Der „dritte Sektor“, die Ausübung ehrenamtlicher Funktionen, blüht. Stiftungen und Spenden gelten als „moralische Pflichten“. Für die Konservativen dient die Berufung auf die Gemeinschaften allerdings sehr häufig bloß als Mittel, die drastische Beschneidung von Sozialprogrammen zu rechtfertigen.

Viertens die *Welt*: Der amerikanische Idealismus läßt die USA zu einem zutiefst missionarischen Land werden. Für die Amerikaner besteht kein

Zweifel, daß es das grundlegende Bestreben aller Menschen auf Erden sein müsse, Amerika ähnlich zu werden. Europa wird ob seiner Kultur bewundert, im Grunde aber als sonderbares Gemenge verrückter und unzuverlässiger Völkerschaften betrachtet, die einander alle paar Jahrzehnte zu massakrieren trachten. Deshalb sind die Amerikaner die einzige globale Ordnungsmacht, die sich um Gerechtigkeit und Menschenwürde bemüht (13). Angesichts dieser Grundüberzeugung betrachten sie es beispielsweise keineswegs als Hybris einer gehorsamsheischenden Großmacht, die Bezahlung ihrer UN-Schulden daran zu binden, daß jede supranationale Friedensmission hinfort vom Kongreß genehmigt werden soll. Dem Begehren liegt der tiefsitzende Glaube zugrunde, daß Amerika für die beste aller Welten sorgt. *Amerikanismus* ist eine Religion; man könnte niemals von einem *Französisismus* oder einem *Britishism* reden. Es gibt keine „unfranzösischen Ideen“, wohl aber „unamerikanische Ideen“.

Auf der Grundlage dieses Denkens laufen liberalistisch-libertäre Argumente bei den Amerikanern offene Türen ein (14). Freilich wird dieser Liberalismus gebremst durch einen Mittelschicht-Konservatismus, durch „kleinbürgerliche“ Midwest-Lebensvorstellungen, durch eine starke Familien- und Gemeinschaftsorientierung. Aber die amerikanische Grundüberzeugung ist, daß freie Märkte und starke Fäuste, freie Entscheidungen der Individuen und die Selbstaufopferung im wirtschaftlichen Leben die besten Voraussetzungen dafür bieten, jene Werte zu verwirklichen, für die „Amerika“ steht. *Those guys in Washington* sind notwendige Übel. Die Individuen soll man bei ihren Aktivitäten möglichst wenig behindern, und was schief geht, ist nur auf eine solche Behinderung zurückzuführen. Die neoliberalen Theoretiker konnten deshalb auf eine hohe Aufnahmebereitschaft für ihre Wunschvorstellungen rechnen: Wenn man nur die Regierung von den Märkten wegbekäme, würde eine Welle privater Dynamik losbrechen. Mit der Feststellung, es gebe keine *free lunches*, verteilten sie ebensolche: „They offered free lunches - a chance to invigorate the economy without pain.“ (15) Aber nur auf dem Hintergrund der geschilderten Grundüberzeugungen konnte eine in ihren extremeren Varianten doch ziemlich obskure Wirtschaftstheorie - man denke an die Laffer-Kurve - zum *mainstream* werden.

Noch wehren sich die Europäer gegen den „wildgewordenen“ Kapitalismus der Amerikaner. Aber der Widerstand bröckelt, vor allem, weil niemand weiß, was gegen eine weitere Verstärkung der „turbokapitalistischen“ Tendenzen zu tun wäre. Die Rahmenbedingungen der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit sind zerbrochen: das Bretton Woods System der Wechselkurse, die weitgehende Segmentierung nationaler Märkte, die nationalstaatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Systemkonfrontation ist Vergangenheit. In der globalisierten Welt ist alles anders. Den Europäern wird deshalb von vielen Seiten empfohlen, die Augen nicht länger vor den harten Tatsachen zu verschließen. Sie mögen sich einige Jahre gegen die Tendenz flexibler, globalisierter Märkte gewehrt haben; sie werden aber dem amerikanischen Beispiel folgen müssen, wenn sie

nicht die seinerzeit verfrühte Prognose von der *Euro-sklerose* doch noch wahr machen wollen.

4. Vom gelobten Land zum Sanierungsfall

Amerika war immer ein Land der Karriereversprechungen; aber auch wenn nicht alle Tellerwäscher zu Millionären wurden, gab es so etwas wie eine Mittelstandsgarantie: *A hard-working man* würde sein behagliches Auskommen, samt Auto, Häuschen und Ferien, bekommen, und es würde immer besser werden. Das Versprechen wandelt sich zum Betrug. Nüchterne Statistiken aus den letzten Jahrzehnten sprechen eine deutliche Sprache. Die amerikanischen Reallöhne geben seit geraumer Zeit nach. In den sechziger und frühen siebziger Jahren stiegen die Reallöhne um ungefähr 2,9% im Jahr. Seit 1973 sinken sie. Zwar stiegen die Frauenlöhne im Zeitraum 1973-93 weiter um 2,7%, aber die Löhne der Männer sind 1994 niedriger als 1973. (16)

Als Bill Clinton 1992 nach seinen republikanischen Vorgängern die Präsidentschaft errungen hat, dachten viele, ein neues „demokratisches Zeitalter“, ein Anlauf zu einer neuerlichen Reformperiode, ja zu einer „Great Society“ im Stile Präsident Johnsons wäre zu erwarten; aber daraus ist nichts geworden. Im Wahlkampf war Clinton von der richtigen Diagnose ausgegangen, daß der Lebensstandard breiter Massen sinke (17). Sein Programm lief auf die Stärkung öffentlicher und privater Zukunftsinvestitionen hinaus: öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur; selektive Steuersenkungen für die Ankurbelung von Investitionen; und eine Absicherung der gefährdeten Mittelschichten durch den Ausbau einer allgemeinen Gesundheitsversicherung und eines Pensionssystems (18). Mit seinem Hauptanliegen, der Gesundheitsreform, scheiterte er allerdings rasch; nachdem 1994 die Republikaner im Kongreß die Mehrheit erobert hatten, gab es durch das *divided government* wenig Bewegungsspielraum (19). Clinton hat in der Folge den Republikanern die wesentlichen populären Themen weggenommen, und er hat eine gemäßigt-republikanische Antistaats-Politik betrieben. Clinton weiß, daß die Mittelschicht gefährdet ist; aber er kann nicht viel dagegen tun.

Die Reallöhne sinken für den größten Teil der Bevölkerung, aber nicht für alle. Während sich von den Vierzigern zu den Siebzigern die Einkommensverteilung in den Vereinigten Staaten kaum verändert hat, hat die Ungleichheit seit dem Ende der siebziger Jahre stark zugenommen (20). Männer im 15. Perzentil haben 1973 real wöchentlich 393 \$ nach Hause getragen, 1994 verfügen sie noch über 300 \$. Sie haben also ein Viertel eingebüßt. Das Einkommen der Männer im 90. Perzentil ist jedoch um 8% gestiegen. Die Null-Linie (konstantes Realeinkommen) findet sich knapp vor dem 80. Perzentil. Frauen haben in den unteren Einkommenskategorien kleine, in den oberen große Zuwächse zu verzeichnen. Darin drückt sich ihr verbessertes Humankapital aus, aber auch *ceteris paribus* zeigt sich, daß sie die Kluft zu den Männern weiter schließen können. (21)

Höhere Bildung wurde in den letzten Jahren mit höheren Prämien belohnt, obwohl viele besser qualifizierte Arbeitnehmer auf den Arbeitsmarkt strömten. Die verstärkte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern drückt sich darin aus, daß die College-Prämie seit dem Ende der siebziger Jahre stark gestiegen ist (bei den wöchentlichen Einkommen +5%), aber die Differenz steigt eher durch das Sinken der Löhne für *High School*-Abgänger (die 20% eingebüßt haben). Der Anteil der Arbeitskräfte mit einem College-Abschluß ist von 22% auf 29% gestiegen.

Die Polarisierung hat nicht nur mit der herkömmlichen Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft zu tun. Auch wenn Geschlecht, Erfahrung, Rasse und Ausbildung konstant gehalten werden, findet sich eine weiter steigende Ungleichheit (22). Man mag annehmen, daß nicht beobachtbare Eigenschaften der Arbeitnehmer eine hohe Korrelation mit den beobachtbaren aufweisen; es mag aber auch der Umstand, daß die steigende Instabilität der Einkommen bei gleichen sonstigen Eigenschaften zu einer steigenden Ungleichheit führt (23), eine gewisse Rolle spielen.

5. Jobs im Zeitalter des *downsizing*

Es ist zum allgemeinen Wissensgut geworden, daß Europa und Amerika mit ihren Beschäftigungs-Pathologien auf verschiedene Weise umgehen: Die Europäer haben Arbeitslosigkeit bei konstanter Einkommensverteilung und aufrechterhaltener sozialer Sicherung gewählt, die Amerikaner weisen eine befriedigende Beschäftigungsentwicklung bei steigender Ungleichheit auf (24). Den Europäern werden unhaltbare hohe Löhne vorgeworfen, die von den Unternehmern unter neuen Marktbedingungen nicht mehr bezahlt werden können; ausgedehnte Regulierungen der Arbeitsmärkte, in Anbetracht derer veränderte Konsumentengewohnheiten nicht mehr bedient werden können; luxuriöse sozialstaatliche Regelungen, die es einem Teil der Arbeitskräfte ermöglichen, bewußt ohne Beschäftigungsverhältnis und dennoch in guten Standards zu leben. Allerdings haben in vielen Ländern bereits Anpassungen der gesetzlichen Regelungen stattgefunden, doch haben sich diese bisher nicht auf die hohen Arbeitslosenraten ausgewirkt. (25)

In den Vereinigten Staaten zeichnet sich parallel zu der Polarisierung der Einkommen die Polarisierung auf den Arbeitsmärkten deutlich ab. Die *duale Arbeitsmarkthypothese* gewinnt plötzlich wieder an Plausibilität: Es gibt den primären Arbeitsmarkt mit seiner besseren Bezahlung, sozialen Absicherungen und guten Karrierechancen, und den sekundären Arbeitsmarkt, dessen Mitglieder schlecht bezahlt werden, keine sozialen *benefits* bekommen, den Job schnell wieder verlieren und auf keinen Fall aufsteigen. Aber der primäre Arbeitsmarkt beschränkt sich zunehmend auf die obersten Kategorien, auf zehn oder zwanzig Prozent an der Spitze; und der „neue Wohlstand“, den die davon Betroffenen genießen, ist durchaus sichtbar. Andererseits sind auch die primären Arbeitsmärkte nicht mehr,

was sie einmal waren. Die *strategische Verunsicherung* erfaßt alle Arbeitsplatzkategorien. Da die Arbeitsplatzunsicherheit auch zu den Managern und qualifizierten Technikern vordringt, schaffen die massenhaften Entlassungen auch in der *white collar*-Kategorie Ängste. Der sekundäre Arbeitsmarkt wird hingegen zum Normalarbeitsmarkt. In den schlechteren Arbeitsmarktsegmenten werden die *working poor* zu einer quantitativ bedeutenden Kategorie, und für sie sinken die Anreize, überhaupt noch am offiziellen Arbeitsmarkt teilzunehmen (26). Der bessergestellte, ehemals „mittlere“ Teil fällt überhaupt aus.

Selbst ein Vollzeitarbeitsplatz reicht nicht mehr aus, um einen mittleren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Während die Zwei-Job-Familie den Normalfall darstellt, gibt es immer mehr Drei- und Vier-Job-Familien. *Moonlighting* greift um sich. Der *overworked American* wird geschildert. (27) *Time-stress* ist allgegenwärtig. Aber die längere Arbeitszeit läßt sich dennoch nicht in einen höheren Lebensstandard umsetzen.

Ein größerer Teil der Arbeitsplätze sind *nonstandard work arrangements*. Es sind freie Verträge, Jobs bei einer Arbeitsverleihfirma, *on-call* Arbeit, tageweise Beschäftigung, Teilzeitbeschäftigung, neue Selbständige. Im Jahr 1995 zählten 29,4% aller Jobs zu solchen Arbeitsverhältnissen, in denen 25,3% der Männer und 34,3% der Frauen arbeiteten. (28)

6. Der Streit um die Ursachen

Die Strukturveränderungen auf den Arbeitsmärkten werden in der öffentlichen Diskussion meist auf die Globalisierung und auf die Technisierung zurückgeführt (29); aber auch weitere Argumente kommen hinzu.

Erstens: Die *Globalisierung*, also der steigende Konkurrenzdruck durch Billigangebote aus Niedrigeinkommensländern, der durch sinkende Transport- und Kommunikationskosten sowie durch eine Öffnung der Grenzen möglich wurde, wird weltweit diskutiert. Die differentielle Mobilität der Produktionsfaktoren bestimmt das Abgeltungsverhältnis: Das Kapital ist vergleichsweise mobiler, also trägt die Anpassungslast einschließlich einer größeren Steuerlast (30) der weniger mobile Produktionsfaktor, die Arbeitskraft. Daß Billigimporte unmittelbare Wirkungen auf einheimische Einkommen haben, wird plausibel, wenn man sich die Etiketten der Textilien in den Großkaufhäusern ansieht. Sie ist aber auch als jener „Sachzwang“ zu verstehen, mit dem sich die Reduzierung von Sozialleistungen und Löhnen, die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen trefflich begründen läßt. Die „Entbettung“ aus herkömmlichen Bindungen und die Schaffung neuer Bindungen in Form von „Netzwerken“ unterschiedlicher Reichweite, das Aufkommen virtueller Unternehmungen, die sich über die Kontinente verflechten, und die Dynamik von spekulativen Finanzmärkten, deren Volumen nur noch zu 1 Prozent für die Abwicklung des Welthandels dienen (31) - alles das sind Phänomene, welche die neuen Arbeitsmärkte prägen.

Allerdings werden gerade in den USA auch die Gegenargumente heftig diskutiert: Die Weltwirtschaft sei gar nicht so viel stärker verflochten als in der Zwischenkriegszeit (32); die Direktinvestitionen seien weitgehend (zu 75%) ohnehin auf die wohlhabenden Länder konzentriert; der wirtschaftliche Wohlstand hänge viel eher von der Produktivität eines Landes als von seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit ab. (33) Dem stehen wiederum die Anekdoten von virtuellen Unternehmen - der Sportschuhproduzent ohne Fabrik - und Fallstudien von der Verlagerung von Dienstleistungen in Dritte Welt-Länder - die Software-Produktion in Indien und die Unternehmens-Buchhaltung in Indonesien - entgegen.

Zweitens: Im Blick auf die „*technischen*“ *Veränderungen* wird zunächst mit der „Entindustrialisierungsthese“ argumentiert - die Nachfrage nach hochqualifizierten Mitarbeitern im Dienstleistungssektor sei gewachsen, während typische Mittelschicht-Jobs, einschließlich der klassischen Arbeiter-Arbeitsplätze, verlorengegangen seien. Das habe zum „Absinken“ breiter Schichten geführt. Aber auch die technologischen Veränderungen in der Produktion hätten die benötigten Qualifikationen polarisiert. Natürlich ist der Rekurs auf technischen Wandel oft nur eine Ausrede für unser Unwissen über die wahren Veränderungen, aber immerhin ist diese Erklärung konsistent mit empirischen Untersuchungen über den gleichzeitigen Anstieg von Qualifikationsniveau und Qualifikationsprämie in einigen industriellen Bereichen. (34) Es zeichnet sich ab, daß es den Mitgliedern des neuen, aufstrebenden „Wissenssektors“, den zwanzig Prozent an der Spitze, auch weiter gut gehen wird; aber Millionen von Menschen werden im traditionellen Gewerbe, in der Industrie und im alten Dienstleistungssektor nicht mehr gebraucht. Der typische mittelqualifizierte Job im Banksektor - hinter dem Schalter - wird überflüssig, weil er durch die Konsumenten selbst und durch Maschinen erledigt wird; es bleibt der besserqualifizierte Vermögensberater. Der klassische Buchhändler stirbt aus; in der Großbuchhandlung bleiben ein Dutzend Kassierer(innen) mit ihren Scannern übrig und ein einziger Schalter für *consumer services*, an dem ein hochqualifizierter und gebildeter Buchhändler sitzt, der für Sonderwünsche zuständig ist.

Drittens: Die Lohnsenkung der letzten zweieinhalb Jahrzehnte war (in Übereinstimmung mit der neoklassischen Lehre) auch verursacht durch ein *steigendes Arbeitsangebot*, einerseits durch die steigende Frauenerwerbsquote, andererseits durch die steigende legale und illegale Einwanderung. Während die Berufstätigkeit der Frauen zu einer Selbstverständlichkeit und zu einem Bestandteil normaler Erwartungshaltungen geworden ist, ist die Einwanderungsproblematik ein heißes politisches Thema. In der Tat stellen die Einwanderer keine „industrielle“, aber eine „postindustrielle Reservearmee“ dar; denn faktisch sind sie vor allem im kostengünstigen Dienstleistungsbereich tätig. Deshalb sprechen sich Konservative aus Industrie und Landwirtschaft, in deren Sicht es nie genug billige Arbeitskräfte geben kann, für eine Durchlässigkeit der Grenzen aus, Wertkonservative wollen hingegen „zusperren“; die liberale Intelli-

genz, die von der Verfügbarkeit der „Dienstboten“ im privaten und öffentlichen Bereich lebensweltlich profitiert und die Armen der ganzen Welt umarmen möchte, hat gegen eine weitere Zuwanderung nichts einzuwenden („Amerika war immer ein Einwanderungsland“), während andere wieder darauf drängen, man müsse zunächst auf die im Land befindlichen Armen achten, die man nicht durch die dauernde Unterbietung durch Neuimmigranten in den untersten Etagen der Gesellschaft festhalten dürfe.

Ein kleiner Seiteneffekt ist durchaus erwähnenswert: Gerade die Emanzipation der Frauen, das heißt ihre regelmäßige Berufstätigkeit, bedarf eines Niedriglohnsegments an Dienstleistungen, das für den Ersatz der bisherigen Haushaltsarbeit, die ja schließlich keine Kleinigkeit war und deshalb nicht ersatzlos gestrichen werden kann, zur Verfügung steht. Die hohe Erwerbsquote von Mittelschichtfrauen trifft sich auf das beste mit einem legalen oder illegalen Fünf- bis Sieben-Dollar-die-Stunde-Angebot, das arbeitsteilig bestimmte, früher unbezahlt von den Hausfrauen durchgeführte Tätigkeiten „auffängt“.

Viertens kommen weitere Veränderungen hinzu (35). Mittelschichtarbeitsplätze gingen durch die Zurückdrängung der staatlichen Ausgaben verloren; denn im öffentlichen Sektor wurden weniger Arbeitsplätze von jener Sorte geschaffen, die typischerweise durch die *middle class* besetzt wurde. Im Zuge dieser Entwicklung, aber auch durch gezielte Politik, sanken die Organisationsmacht der Gewerkschaften und ihr Einfluß beträchtlich (36). Der *merger and acquisitions*-Boom der letzten fünfzehn Jahre hat den Druck auf die Unternehmen verstärkt, jede Art von Kostensenkung nutzen zu müssen, um ihren Bestand zu sichern. Wohlfahrtsprogramme (auch solche, die der Mittelschicht zugute kamen und ihren Lebensstandard abpolsterten) wurden in den letzten beiden Jahrzehnten gekürzt; große Gruppen von Transferempfängern, von den alleinstehenden Müttern bis zu den Fürsorgeklienten, sind politisch wenig aktiv und deshalb keine interessante Gruppe für die Politik. (37)

Für libertäre amerikanische Ökonomen wiegt die europäische Arbeitsmarktpolarisierung mit ihrem *Insider-Outsider*-Problem jedenfalls schwerer als die amerikanische Polarisierung zwischen hohen und niedrigen Löhnen. Gary S. Beckers Botschaft, formuliert in einer österreichischen Tageszeitung, lautet: „Angesichts dieses sich abzeichnenden Trends des Auseinanderdriftens von relativ begünstigten Insidern und einer wachsenden Zahl chancenloser Outsider kann wohl kaum die Rede davon sein, daß die europäischen Arbeitsmärkte ‘fairer’ sind als die amerikanischen und britischen. Mit einer Politik, die sowohl niedriges Lohnniveau als auch das psychische Leid der Arbeitslosigkeit hinnimmt, rangiert Europa, was das Maß an sozialer Gerechtigkeit betrifft, auf einer viel niedrigeren Stufe als die weniger regulierten US-amerikanischen und britischen Märkte.“ (38) Über diesen Vergleich kann man verschiedener Meinung sein. Allerdings wird man an dem Umstand nicht vorbeikommen, daß in der Tat Arbeitsplätze vorhanden sind, die in Europa aus Kostengründen nicht in Frage kommen. (39)

7. Einige statistische Schönheitsfehler

Insgesamt ist das amerikanische „Beschäftigungswunder“ imponierend, zumal keineswegs nur *fast food*-Jobs, sondern auch hochqualifizierte Jobs geschaffen wurden. Die Statistiken geben aber ein trügerisches Bild, und der Streit um die richtige Interpretation der Zahlen ist immer heftiger geworden.

Erstens: Kritiker verweisen darauf, daß die *Arbeitslosenstatistiken* nicht für bare Münze zu nehmen sind; das ist im Grunde keine neue Erkenntnis. Die Arbeitslosenrate wurde, so heißt es in der *American Economic Review*, in den letzten Jahren zunehmend weniger informativ, weil die Erwerbsraten angesichts der verschlechterten Arbeitsmarktgelegenheiten gerade bei den weniger qualifizierten Arbeitnehmern deutlich abgenommen haben (40). Jeremy Rifkin kommt auf sechs Millionen „*missing men*“ und damit auf eine Arbeitslosenrate von 9 Prozent, und wenn man die Kurzzeitjobs hinzunimmt, auf 13 bis 14 Prozent (41). Noch bekannter ist der Umstand, daß in den USA die Kriminalität wesentlich zur Verbesserung der statistischen Zahlen beiträgt (42). 1994 waren eineinhalb Millionen Personen in Gefängnissen. 1993 waren fast fünf Millionen Personen, rund 3 Prozent der erwachsenen Männer, im Gefängnis, unter Aufsicht oder auf Bewährung. Die Berichte über Gewaltverbrechen in den Medien überzeichnen die Gefährdung und lenken von anderen Problemen ab. Sie fördern auch die weitere Privatisierung von Wohnsitzen, Stadtvierteln, Straßen, Schulen und anderen Einrichtungen.

Zweitens: Es gibt einen weiteren Schönheitsfehler in den amerikanischen Erfolgsberichten - die Produktivitätsentwicklung ist seit langem unbefriedigend. „Productivity isn't everything“, sagt Paul Krugman, „but in the long run it is almost everything.“ (43) Die Veteranen des Zweiten Weltkriegs kehrten in eine Wirtschaft zurück, die ihre Produktivität und damit auch die Einkommen während der nächsten 25 Jahre verdoppelte. Die Veteranen des Vietnamkriegs konnten nur eine zehnprozentige Produktivitätssteigerung innerhalb von fünfzehn Jahren miterleben, und sie lebten am Ende schlechter als ihre Eltern. In den fünfziger und sechziger Jahren gab es einen Produktivitätsanstieg von 2,8% im Jahr, seit 1970 nur noch 1,2%. Die üblichen Erklärungen greifen nicht: Der Verfall hat nicht mit den Energiepreisen zu tun, nicht mit der überhöhten Staatsregulierung; vielleicht mit der *thirtysomething theory*, mit den Auswirkungen der 60er Jahre auf die Gewohnheiten, die Motivation und die Ausbildung der nachwachsenden Generation. Krugmans ernüchterndes Ergebnis: „So we really don't know why productivity growth ground to a near halt.“ (44)

Drittens: Es gibt allerdings auch einen Einwand, der in die andere Richtung geht - die üblichen Zahlen unterschätzen den Erfolg der amerikanischen Wirtschaft. Das keineswegs ungerechtfertigte Argument weist darauf, daß der Konsumentenpreisindex die Inflation seit den siebziger Jahren übertrieben hat (besonders bei den Wohnungskosten). Bei zahlreichen Gütern sei eine Verbesserung der Qualität zu verzeichnen, die in

konstanten Preisen für ein „typisches“ Gut nicht zum Ausdruck komme. Ein Durchschnittscomputer um 1.500 Dollar war vor zehn Jahren etwas völlig anderes als ein Durchschnittscomputer, der heute um 1.500 Dollar erworben wird; in beiden Fällen figuriert er mit denselben Zahlen in der Statistik, nur handelt es sich heute vergleichsweise um ein luxuriöses Produkt. Die Verzerrung (die Unterschätzung des Leistungsanstiegs) wird generell auf 0,5 bis 1,5% geschätzt, das heißt, ihre Berücksichtigung würde auch in Amerika zu bescheidenem Einkommenswachstum anstelle der Konstanz führen. Zugleich, und das war ein wichtiger Punkt, seien durch die falsche Berechnungsmethode die an den Konsumentenpreisindex gebundenen Transferzahlungen in überhöhter Weise gestiegen.

8. Der Alptraum der Mittelschicht

In der Szenerie der Polarisierung und Gefährdung stellt die Mittelschicht das eigentliche Problem dar. Dort ist der eigentliche Sitz des amerikanischen Traums, und dieser Traum muß von vielen in diesen Jahren begraben werden. In den Vereinigten Staaten besteht eine klare Vorstellung vom „guten Leben“: Man arbeitet hart, hat einen gesicherten Job, kauft sich ein weißgestrichenes Holzhaus mit Veranda in einem Vorort, parkt seinen geräumigen Wagen davor oder in der Garage, läßt seinen Kindern eine gute Erziehung angedeihen, geht mit dem Sohn angeln und brutzelt am Wochenende Barbecue. Dieses Leben kann immer weniger als „normal“ angesehen werden. Der Generationenvergleich ist ernüchternd: Die Kinder sind besser ausgebildet, und längst arbeiten beide Partner, anders als bei den Eltern. Dennoch können sie sich bei weitem nicht mehr das leisten, was die Elterngeneration als wohlverdiente Selbstverständlichkeit ansah. Die Immobilienpreise sind gestiegen, so daß ein Haus in der Gemeinde der Eltern unerreichbar ist; die Gesundheitsausgaben steigen rasch und machen die Versicherungsverträge zu schweren Belastungen; die Bildungsausgaben für die Kinder sind beinahe nicht mehr zu finanzieren. (45)

Die Polarisierung gefährdet also den amerikanischen Traum: Trotz harter Arbeit sinkt der Lebensstandard (46). Was erlebte Selbstverständlichkeit und proklamiertes Gerechtigkeitsideal gleichermaßen war und die soziale Kohäsion gesichert hat, ist immer öfter nur noch für die obersten zwanzig Prozent verwirklichtbar. Im Alltag zerfällt die Gesellschaft: in die verarmende „Masse“, denen die Slums bedrohlich nahe rücken, ohne daß sie ihnen durch Wohnmobilität noch ausweichen kann, und die abgeschirmten Wohnviertel der Reichen, die zuweilen durch Zäune umgeben sind und von *security guards* bewacht werden. Sie lassen ihre Kinder an privaten Schulen ausbilden und sich selbst in eigenen Krankenhäusern behandeln. Zuweilen fahren sie schon auf eigenen (gebührenpflichtigen) Straßen, um dem Stau zu entgehen. So hat man sich jene Gesellschaft, die Chancen *für alle* bieten sollte, nicht vorgestellt.

9. Der gescholtene öffentliche Sektor

Präsident Clinton hat sich schon in seinem ersten Wahlkampf - und in seinem zweiten noch stärker - als „neuer Demokrat“, als Garant gegen *tax and spend* und gegen Staatsgläubigkeit präsentiert: „*The era of big government is over*“. (47) Allerdings war eine seiner markanten Maßnahmen am Beginn seiner Amtszeit eine deutliche Steuererhöhung für obere Einkommensschichten; aber sein Reformeifer ist bald gezügelt worden.

Downsizing ist in diesen Jahren nicht nur der Slogan für die Unternehmen (48), sondern auch für den Staat. Obwohl der Staatsanteil (für den gesamten öffentlichen Bereich im Verhältnis zum BIP) von 27 Prozent 1960 auf ohnehin nur ein Drittel 1996 gewachsen ist, was im Vergleich zu anderen Industrieländern (Österreich mit 48,6, Deutschland mit 45,1, Schweden mit 59,1, Großbritannien mit 39,9 Prozent) bescheiden ist (49), erscheint die Schrumpfung des Staatsanteils in der öffentlichen Diskussion der Vereinigten Staaten doch als vorrangiges Problem. Man könnte annehmen, die *public choice*-Theoretiker seien mit ihren hobbesianischen Leviathan-Gemälden erfolgreich gewesen; aber es war wohl eher die Republikanische Partei, welche die amerikanischen Ängste vor einer übermächtigen Regierung in Washington geschickt zu nutzen verstanden hat. (50)

Das *ausgeglichene Budget* ist zu einem essentiellen Ziel der Regierung geworden, und die beiden Parteien sind sich darin einig (51). Schließlich gibt es für einen Budgetausgleich ja auch nicht nur „rechte“, interventionsfeindliche Gründe; man kann auch argumentieren, daß jede größere Verschuldung eine Umverteilung von unten nach oben, zu den Geldgebern und Kapitaleignern, darstelle, und man kann mit Recht die Verschuldung bei guter Wirtschaftslage auch unter dem Blickwinkel kritisieren, daß dann kein Spielraum für eine antizyklische Politik im Falle konjunktureller Schwankungen verbleibe. Gleichwohl ist die Diskussion in Amerika eher auf „Freiheit“ orientiert: Weniger Staat ist dem Individuum weniger bedrohlich.

Dazu kommen neue Anläufe zur *Dezentralisierung* und *Föderalisierung*; ebenfalls in Anknüpfung an lange Traditionen. Der Anteil der Zentralregierung hat in den letzten Jahrzehnten zwischen 70 und 80 Prozent geschwankt; nun aber wird betont, wie effizient und bedürfnisgerecht „vor Ort“ entschieden werden könne. Damit werden Programmbudgets in *block grant*-Form und mit vageren Richtlinien an die Bundesstaaten verteilt, die sich selbst um entsprechende Einsparungen bemühen müssen. Auch eine stärkere Verlagerung auf die unteren Besteuerungsebenen - auf Staats- und Lokalsteuern - wird diskutiert; das aber würde bedeuten, daß die progressive Einkommensbesteuerung an Gewicht verliert. Das Plädoyer für Devolution und Dezentralisierung dient somit auch als Argument gegen die Progressivbesteuerung. (52)

Immerhin ging die Auseinandersetzung im letzten Wahlkampf auch um eine *flat tax*: einen einheitlichen Einkommensteuersatz für alle, der es ermöglichen sollte, die Steuererklärung auf einer Postkarte zu erledigen.

Abgesehen von den damit üblicherweise verbundenen Illusionen über einen Steuersatz von 15 bis 19 Prozent würde die Durchführung eines solchen Programms natürlich die größte Umverteilung von unten nach oben bewirken, die je stattgefunden hat. Auch die Verlagerung zu einer allgemeinen Konsumsteuer ist im Gespräch; allerdings liegen auch dabei die Schwierigkeiten im Detail. Musgrave fragt mit Recht: „What reason is there to expect that good taxation - taxation that is equitable as well as efficient - should offer a haven of simplicity in an increasingly complex world?“ (53)

Sicherlich war es für Clinton vorteilhaft, aus der traditionellen Programmatik der Liberalen auszuscheren, aus der Linie von Dukakis, Mondale, Carter und McGovern (54). Die Budgetdefizite schrumpfen. In sieben Jahren soll ein ausgeglichenes Budget vorliegen. Der Beamtenapparat schrumpft. Deregulierungsprogramme werden verordnet. Angesichts dieser Politik konnten die Republikaner mit den Ängsten vor *big government* nicht mehr punkten. Die republikanische Umkrempelung der amerikanischen Gesellschaft, die Newt Gingrich so beredt versprochen hat, ist gescheitert. Aber auch der neue Anlauf zur *Great Society* ist gescheitert. Die politische Diskussion wird gegenwärtig von der Antistaatlichkeits-Rhetorik bestimmt.

10. Auf der Suche nach den Sündenböcken

Der amerikanische Wohlfahrtsstaat wurde verspätet entwickelt und bescheiden ausgestaltet (55). Nach wie vor gibt es keine umfassenden Systeme der Krankenversicherung und der Pensionsversicherung. Die besseren Arbeitsplätze sind im allgemeinen mit einer betrieblichen Gesundheitsvorsorge ausgestattet, aber die Zahl dieser besseren Arbeitsplätze nimmt ab. Die Republikaner trachteten gerade an Clintons großem Gesundheitsprojekt, der Schaffung einer umfassenden Krankenversicherung, ihre „ganz andere“ Politik zu exemplifizieren. Der *Contract with America*, den sie vorlegten, sollte alte Werte wiederbeleben: gegen den unseligen Geist des Interventionismus, geboren aus den sechziger Jahren; gegen die teuren und wirkungslosen, ja schädlichen Reformprogramme der Regierung; gegen den *vampire state*; zurück zu den alten Tugenden der Nachbarschaftshilfe und der *communities*; weg mit den Vorschriften des Staates und seinen lobbyistischen Verzerrungen. (56)

Im Zuge der Einschränkung des Wohlfahrtsstaates werden Maßnahmen durchgesetzt, die in der europäischen Diskussion noch unvorstellbar scheinen: so etwa die zeitliche Beschränkung des Rechts auf Wohlfahrtszahlungen; oder die Verpflichtung lediger Mütter, in staatliche Heime zu ziehen, wenn sie Unterstützungsgelder beziehen wollen; oder die Streichung von Beihilfen für ledige Mütter, wenn sie ein zweites Kind bekommen; oder die Abschaffung aller Zuschüsse für Einwanderer innerhalb bestimmter Zeitgrenzen. Ein konkretes Beispiel: Der Bundesstaat Wisconsin hat seine Wohlfahrtslisten dramatisch reduziert. Jeder Transfergeldempfänger wird individuell beurteilt und mit einem Job versorgt, allenfalls in staatlich organisierten Gemeinschaftsdiensten oder mit ver-

pflichtenden Fortbildungskursen. Kurse und Arbeit müssen sich auf vierzig Wochenstunden ergänzen, für jede Stunde Abwesenheit werden 5,15 Dollar, der amerikanische Mindestlohn, abgezogen. Mütter müssen an dem Programm zwölf Wochen nach der Geburt teilnehmen. Jeder, der sechzig Monate lang Gelder bezogen hat, ist lebenslänglich von jeder weiteren Unterstützung ausgeschlossen. Kritiker mahnen, daß sich hinter dieser Programmgestaltung Zeitbomben verbergen: nicht nur das zukünftige Elend jener, die ihre fünf Jahre Unterstützung verkonsumiert haben, sondern etwa auch die Spätfolgen der nichtentsprechenden Unterbringung von Kleinkindern während jener Zeit, in der die Mütter ihre Sozialchecks erarbeiten. (57)

In zwei Generationen hat sich durch eine Umwertung der Wohlfahrtsmaßnahmen im Bewußtsein der Bürger die Bedeutung von *welfare* völlig verändert. Was einst Wohlstand und Wohilverhalten, Gesundheit und Motivation bedeutet hat, ist zum Übelstand geworden, zu Armut und schlechter Gesundheitslage, zu einer „Kultur der Armut“ - und in der Tat gibt es Wohnviertel, in denen ein größerer Teil der Bevölkerung in der dritten Generation auf *welfare* lebt. Man verbindet damit Slums, uneheliche Mütter und vernachlässigte Kinder, Depression und Verbrechen. Einst hat *welfare* Hilfe zu einem guten Leben bedeutet, heute bedeutet es die widerwillige Finanzierung von Lasterhaftigkeit. (58)

Eine symbolische Politik, die auf Einschließung und Ausschließung, auf die Konstruktion von „uns“ und „ihnen“ zielt, auf die Trennung von *deserving* und *undeserving poor*, unterstützt die Demontage des Wohlfahrtsstaates (59). Denn an dem moralischen Niedergang der *undeserving poor* will man nicht auch noch dadurch schuld sein, daß man die moralisch gefährdeten Individuen, etwa durch eine luxuriöse Ausstattung der „Armutsfalle“, zum Nichtstun verführt. Die Trennung der Kategorien zwischen den *deserving* und den *nondeserving*, so richtig sie in der Sache auch sein mag, erschüttert die Fähigkeit zur Empathie. Sie schafft innerlich Distanz zur Armut. Auch das meint heute *govern from the center* - ein Zentrum, das eher von Wall Street als von Main Street definiert wird. (60)

11. Die überforderten Gemeinschaften

Die konservative Argumentation weiß ein Remedium für die Überforderung des Wohlfahrtsstaates. Statt eines verbürokratisierten Sozialsystems sollen Freiwilligkeit und Wohltätigkeit regieren. Notwendige Hilfeleistungen sollen von den lokalen *communities* kommen, selbst staatliche Gelder werden zielgerichteter über bedürftigennahe lokale Assoziationen vergeben. Dagegen, daß diese Gemeinschaften dort Erfolg haben könnten, wo der Staat versagt, spricht allerdings einiges.

Erstens: Die Gemeinschaften welken auch in den USA dahin (61). Das hat nicht nur damit zu tun, daß sich weniger „gemeinschaftswillige“ Menschen finden. Es schwinden ganz einfach die Möglichkeiten, für Gemeinschaften tätig zu werden: Frauen begeben sich auf den Arbeitsmarkt, und

das bedeutet, daß sie keine Zeit mehr haben, sich in den lokalen Gruppierungen zu engagieren. Die Zufahrt zur Arbeit kostet mehr Zeit, und alle arbeiten länger oder gar in mehreren Jobs. Doppelverdienerfamilien ziehen unter den gegenwärtigen Umständen eher in wohlhabende Vorstädte und geben ihre Kinder in Privatschulen, und die Segregierung der sozialen Gruppen läßt die Kraft der freiwilligen Assoziationen erlahmen. Die dadurch schwindende Attraktivität lokaler Organisationen fügt dem Geschehen seine Eigendynamik hinzu: Lokale Gruppen lösen sich auf.

Zweitens: Was an Organisationen besteht, das professionalisiert sich und organisiert sich auf überlokaler, gar auf nationaler Ebene, so etwa Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Die Beziehung dieser (*non-profit*-)Organisationen zu ihrer Klientel erfolgt über *mailing*-Kampagnen, *fund-raising*, Werbespots. Einflüsse bei den politischen Instanzen laufen über den Lobbyismus. Neue Einflußwege für die Gebildeten sind *think-tanks*, *advocacy groups*, *professional organisations*, nicht mehr lokale Gruppen. (62)

Drittens: Das Menschenbild, das im Zuge der Gemeinschaftsbewürdungen unterstellt wird, ist verwirrend. Alle Individuen innerhalb des staatlich-politischen Bereichs sind gierig, selbstsüchtig, unmoralisch und prinzipienlos. Sobald jedoch die Gesellschaft außerhalb der Regierung beschrieben wird, werden die Menschen generell als großzügig, moralisch und altruistisch beschrieben. Ihre Mildtätigkeit würde sofort erwachen, sobald nur die Bürokraten das Feld räumen. Vielleicht liegt die Wahrheit aber in der Mitte: Die Menschen sind nicht so liebenswürdig, daß sie die staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen ersetzen könnten, und wenn sie andererseits zur effizienten Übung von Caritas fähig sind, könnten auch politische Instanzen zuweilen Nützliches tun. (63)

12. Selbstvertrauen im Desaster

Amerikaner verfügen über kein anderes Vokabular als das des Zukunftsoptimismus. Sie betrachten sich als die Inkarnation von Stärke und Gesundheit, und in ihrem Land dünkt ihnen die Menschenwürde beheimatet. Es ist ein Land des individuellen Aufstiegs, und die Wahrnehmung der Schwierigkeiten und Krisen der letzten Jahre reichert das tiefverwurzelte Fortschrittsdenken bloß um einen Flair von Heroismus an. Amerikanische Sozialwissenschaftler - so etwa Seymour Martin Lipset (64) - denken über den *American exceptionalism* durchaus nach, und zwar auch über jene Selbstüberschätzung, die von außen oft als Mischung aus Naivität und Brutalität, Selbstgerechtigkeit und Hochmut erscheint. Es gibt auch eine Tradition des Selbstzweifels, die manche räsonnieren läßt über den *Aufstieg und Fall der großen Mächte* - so der Titel des Buches von Paul Kennedy, in dem das Ende des amerikanischen Jahrhunderts angekündigt wird; oder über den *Niedergang des amerikanischen Geistes* - so der Titel des Buches von Alan Bloom, in dem der Verfall des Bildungssystems und der moralische Niedergang der USA dargestellt werden; oder über

den *Clash of Civilizations* - so Huntingtons düstere Prognose für das nächste Jahrhundert. (65)

Es beginnt sich auch eine grundsätzlichere Kapitalismus-Kritik zu regen: keine systemüberwindende Kritik, die es in den Vereinigten Staaten niemals gegeben hat, sondern eine reformierende Kritik. So fragt Robert Kuttner, ob wir wirklich auf eine Gesellschaft hinsteuern wollen, in der *Everything for sale* ist (66). William Greider schreibt über die „manische Logik des globalen Kapitalismus“. (67) Die *New York Times*, sicher kein systemkritisches Blatt, publiziert eine umfangreiche Serie über *Downsizing*, in der die Opfer des *lean capitalism* ausführlich zu Wort kommen (68). Selbst der Spekulant George Soros entdeckt die „offene Gesellschaft“ Karl Poppers als Gegenmittel gegen jenen überbordenden Kapitalismus, in dem er selbst viel Geld verdient hat (69). Die libertären (70) Auffassungen sind also nicht unbestritten; es gibt eine durchaus scharfe „liberale“ Kritik des libertären Denkens, meist in intellektuellen Zeitschriften. Da findet man dann auch scharfe Zitate wie etwa das folgende: „Libertarianismus ... ist weniger ein philosophischer Vorschlag als eine politische und kulturelle Einladung. Er lädt uns ein, uns unseren schlimmsten Möglichkeiten hinzugeben und sie zu kultivieren: Ekel und Verzweiflung gegenüber der Regierung, ein Rückzug in Lebensstil-Enklaven und das Aufgeben der demokratischen Hoffnung, daß sich die ganze Gesellschaft verbessern ließe. Darüber hinaus rechtfertigt er einen neuen Dogmatismus in seiner zynischen (wenn auch inkonsistenten) Perspektive der menschlichen Motivation und seiner vollkommen konsistenten Stumpfheit gegenüber wirtschaftlichem Zwang.“ (71)

Die Wirklichkeit macht vielen Menschen Angst, weil die bisher gültigen Selbstverständlichkeiten - die integrierende Lebenssicherung - in Frage gestellt werden. Aber vielleicht wird gerade deshalb, als Mechanismus der Realitätsverdrängung, auch der Optimismus übersteigert. Die amerikanische Gesellschaft war von Anfang an physisch und ökonomisch unsicher, in den ersten Ansiedlungen an der Ostküste, in den Gebieten an der westlichen Siedlungsgrenze, für die Einwanderer in den Großstädten. Unsicherheit war immer gegenwärtig, und man mag den vorherrschenden Optimismus als Kompensation für dieses Risikoerleben ansehen. Man muß einander tagtäglich versichern, wie gut man „drauf“ ist, wenn schon ein kompliziertes Magengeschwür den Verlust des Eigenheims bedeuten kann. Man muß einander versichern, wie wundersam die Wissenschaft in die Zukunft führt, wenn man rundum mit zerfallenden Städten konfrontiert ist. Die „großen Leistungen“ - ob im Sport oder bei der Eroberung des Weltraums - und die „großen Helden“ - der erfolgreiche Lehrer in der Innenstadtsschule oder der lebensrettende Feuerwehrmann - überzeugen die Amerikaner davon, daß sich alle Widerstände überwinden lassen, wenn man nur will.

Amerika bleibt im Bewußtsein seiner Bewohner, auch der kritischen und eingewanderten, die „Stadt auf dem Hügel“, das Vorbild für die Welt. *In god we trust* steht auf jedem Dollar. Er wird im *promised land* ausgegeben.

Ulrich Greiner hält in seinem Buch über amerikanische Literaten, dem er den Titel „Gelobtes Land“ gegeben hat, den Film *Independence Day* für eine hervorragende Darstellung des amerikanischen Mythos. Die Botschaft des Films: „Amerika ist dazu berufen, die kranke Welt zu retten. So wie es die Freiheit erst vor den Engländern, dann vor den Deutschen und schließlich vor den Kommunisten gerettet hat. Die Außerirdischen (des Films, M.P.) sind, da auf Erden kein Gegner mehr existiert, gewissermaßen der willkommene Feind. Ihn zu besiegen, übernimmt Amerika die Führung der Welt. Unter seiner Ägide stehen Araber und Israelis ebenso zusammen wie Chinesen und Russen. Die jüdische Intelligenz, der schwarze Heldenmut, die Entscheidungskraft des (immer noch) weißen und männlichen Präsidenten, die mütterliche Sensibilität einer Strip-Tänzerin, der Patriotismus eines Vietnam-Veteranen und der Stoizismus des ländlichen, kleinstädtischen Amerika (nachdem die ungeliebten Monster-Städte zerstört sind) - all das wirkt multiethnisch und multisozial zusammen, um die Unabhängigkeit aufs neue zu erkämpfen.“ (72)

Amerika ist voll von Helden, die alle Schwierigkeiten überwinden. Die Filme, die unsere Kinos überschwemmen, verraten viel vom amerikanischen Selbstverständnis. Tragik ist etwas Europäisches, das *happy end* etwas Amerikanisches. Man mag die optimistische Grundeinstellung naiv nennen, und sie ist es auch häufig. Aber sie hat auch etwas Bewundernswertes an sich. Sie steht jedenfalls im Kontrast zu der Lethargie und Entscheidungsschwäche, die man so häufig in Europa findet; zu der verbreiteten Neigung, immer die anderen schuld sein zu lassen; zu der „Alltagsweisheit“, daß im Grunde ohnehin nichts geht. Diese optimistische, „anpackende“ Grundeinstellung ist es, welche die Vereinigten Staaten nach wie vor als ein „junges Land“ erscheinen läßt, das den alten, weisen, intrigierenden, apathischen, feindseligen und behäbigen europäischen Ländern gegenübersteht. Das heißt nicht, daß der europäischen Wohlfahrtsstaat, der es bislang ja auch an Dynamik nicht hat fehlen lassen, nicht eine bewundernswerte Erfindung ist; es heißt aber sehr wohl, daß den Europäern ein Hauch von der amerikanischen Mentalität des Ärmelaufkrepelns ganz gut täte. Auch wenn die „Stadt auf dem Hügel“ neuerdings ein wenig umwölkt erscheint.

Anmerkungen

- (1) Der Aufsatz geht auf Arbeiten zurück, die ich durch das Schumpeter-Stipendium während eines Aufenthaltes an der Harvard University (Boston) durchführen konnte. Er wurde in den Grundzügen beim Kautsky-Kreis in Bad Mitterndorf im Jänner 1998 vorgetragen. Ich danke den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Tagung für eine anregende Diskussion.- In der Folge wird aus sprachästhetischen Gründen, nicht aus Nachlässigkeit, auf die männliche und weibliche Verdoppelung entsprechender Begriffe verzichtet; in den entsprechenden Fällen sind natürlich immer beide Geschlechter - etwa „Amerikanerinnen und Amerikaner“, „Siedlerinnen und Siedler“ oder „Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler“ - gemeint.
- (2) Die Schriften der Heroen der amerikanischen Geschichte sind in unzähligen Ausgaben erhältlich, ich halte mich hier an die Übersetzung, die zu finden ist in Steiner (1996) 187.
- (3) Lipset (1963).

- (4) Bill Clintons Inaugurationsrede ist nachzulesen in <http://www.whitehouse.gov/wh/html/1997-01-20.html>.
- (5) Ozaki (1991).
- (6) Albert (1991).
- (7) Zu weiteren Varianten gehören beispielsweise das japanische Modell, das derzeit einigermaßen angeknackst erscheint, oder die Kapitalismen bestimmter Schwellenländer in unterentwickelten Teilen der Welt.
- (8) Alchian und Demsetz (1972).
- (9) Am deutlichsten treten diese Merkmale in jenen Ländern zutage, die man als korporatistische zu bezeichnen pflegt; aber einen Hauch von Korporatismus in diesem Sinne weisen praktisch alle europäischen Länder auf.
- (10) Lipset (1996), Greene (1993), Shafer (1991).
- (11) Vgl. etwa Sombart (1906).
- (12) Die Verfassung wurde niemals in Frage gestellt, Änderungen wurden durch Neuinterpretationen oder *Amendments* bewerkstelligt. Die amerikanische Verfassung kann man auch nicht ändern, denn sie verkörpert den Pakt zwischen Menschen unterschiedlichster ethnischer Herkunft und unterschiedlichster Glaubens- oder Unglaubensrichtungen.
- (13) Man ist zunächst geneigt, diesen Anspruch als heuchlerisch zurückzuweisen; Großmächte haben Interessen, und ihnen ist kein Zynismus fremd. Aber nach dem Schauspiel, das die europäischen Länder bei der Bewältigung des Bürgerkriegs am Balkan geboten haben, fühlt man sich bei solchen Äußerungen zur Zurückhaltung gedrängt. Es wäre falsch, wenn man moralische Impulse, die in der amerikanischen Öffentlichkeit eine große Rolle spielen, als eigenständige Wirkkräfte außer acht lassen wollte.
- (14) Vgl. etwa als Einführung Boaz (1997) oder Murray (1997).
- (15) Vgl. Krugman (1995) 21.
- (16) Dabei verbessern Durchschnittszahlen die Optik noch, denn die steigende Ungleichheit (besonders die Besserstellung der obersten Einkommen) hebt den durchschnittlichen Wert, während der Median sinkt.
- (17) Vgl. dazu Prisching (1997). Zu Clinton selbst vgl. etwa Allen (1992), Aigner (1993), Follath (1993), Renshon (1995), Campbell (1996), Denton (1996), Maraniss (1995), Moris (1996).
- (18) Osborne und Daebler (1992).
- (19) Skocpol (1996) betont, daß der Health Security Act eine geschickte Kombination von Marktkräften und Regulierungen darstellen sollte; er scheiterte nicht zuletzt daran, daß er zu subtil konstruiert war. Rothman (1997) führt die Einstellung der Mittelschicht auf ihre historischen Erfahrungen mit den vorhandenen Gesundheitsprogrammen zurück; sie hatte Angst, daß das neue, umfassende Programm ihren Zugang zu den medizinischen Einrichtungen verschlechtern und höhere Kosten mit sich bringen würde.
- (20) Levy/ Mumane (1992); Gottschalk (1997).
- (21) Rassische Ungleichheiten haben sich bis 1975 angenähert, seitdem ist die Lücke konstant geblieben.
- (22) In bezug auf die Haushaltseinkommen sind die USA das einzige Land, das eine größere Ungleichheit bei den Familieneinkommen aufweist als bei den individuellen Arbeitseinkommen; ein Teil der Erklärung ist darin zu finden, daß in anderen Ländern (zum Beispiel in Großbritannien und Kanada) stärker durch Steuern und Transfers gegengesteuert wird.
- (23) Wenn die unteren Einkommen instabiler sind, drücken die Zeiträume ohne Einkommen die Durchschnittswerte; da die oberen Einkommen auch durchgehend bezogen werden, kann das Verhältnis zwischen oben und unten weiter auseinandergezerrt werden.
- (24) Die Arbeitslosenrate beträgt Mitte 1997 4,8%; bei den Weißen 4,2%, bei den Schwarzen 9,4%, bei den Hispanics 7,9%. Bei den Teenage Workers ist sie 16,4%, bei den Black Teenage Workers 28,6%. Part time for economic reasons wird auf 4 Millionen geschätzt, discouraged workers auf 311.000. Das Median-Familien-Einkommen be-

trug 1989 (in 1995 \$) 42.049, im Jahr 1995 40.611. Der durchschnittliche Stundenverdienst in der Produktion ist im Juli 1997 12,23 \$. Für Männer haben sich diese Stundenverdienste von 1979-89 um 9,1% verringert, von 1989-96 um weitere 7,2%; für Frauen lauten die Zahlen +5,7% und -1,5%. Unterhalb der Armutsschwelle leben 1995 13,8% (36,4 Millionen), bei Kindern 20,8% (14,7 Millionen). Die Daten stammen vom Economic Policy Institute (<http://epinet.org/epdata/m.html>).

- (25) Mobilitätsstudien sind zu dem überraschenden Ergebnis gekommen, daß die USA keine höhere Mobilität aufweisen als alle anderen OECD-Länder. Die Studien finden auch keine Steigerung der Mobilität über die letzten 20 Jahre.
- (26) Handler/ Hasenfeld (1997).
- (27) Schor (1993).
- (28) Economic Policy Institute (1997).
- (29) Vgl. die Übersicht von Gottschalk/ Smeeding (1997)
- (30) Atkinson (1997). Der durchschnittliche Steuersatz auf Arbeit stieg EU-weit zwischen 1980 und 1994 von 34,7% auf 40,5%, während er für Kapital von 44,1% auf 35,2% fiel.
- (31) Altvater/ Mahnkopf (1996).
- (32) Hirst/ Thompson (1996).
- (33) Krugman (1995).
- (34) Wenn Globalisierungsthese und Technikthese richtig sind, werden damit natürlich auch die institutionellen Gegebenheiten in den europäischen Ländern entlastet; dann sind es nicht ihre sklerotischen Strukturen, welche die Beschäftigungsprobleme mit sich bringen, sondern einfach ein ungenügendes Wachstum, das nicht genug Arbeitsplätze für alle bereitstellt - also makroökonomische statt mikroökonomischer Probleme. Allerdings könnte man argumentieren, daß eben unter den Bedingungen der Globalisierung die alten Regelungen beschäftigungsfeindlich werden.
- (35) Die Gründe für diese Entwicklungen sind miteinander verbunden und lassen sich weder theoretisch noch empirisch klar voneinander trennen. So mag natürlich der abnehmende Organisationsgrad der Gewerkschaften durch die Globalisierung beschleunigt werden, aber dennoch eine eigenwirksame Komponente bei der schlechten Lohnentwicklung sein. S. auch Danziger und Gottschalk (1993 und 1995).
- (36) Gordon (1996).
- (37) Galbraith (1992).
- (38) Becker (1997).
- (39) Da die unqualifizierten Arbeitskräfte in den USA „billig“ sind, leistet man sich allerdings zuweilen den „Luxus“ ihrer Beschäftigung, man beschäftigt beispielsweise die Portiers in besseren Apartmenthäusern; man würde widerstrebend auf sie verzichten, wenn sie nach dem europäischen Lohnniveau zu bezahlen wären. Man hat möglicherweise auch Platz für unqualifizierte und nicht qualifizierbare Arbeitnehmer, die nun einmal nicht mehr als 60% einer Normalleistung erbringen können und deshalb in Europa, wo man sie für 100% bezahlen muß, aus dem Rennen sind.
- (40) Murphy/ Topel (1997). Die schlechteren Arbeitsmarktkonditionen drücken sich also sowohl in höherer Arbeitslosigkeit als auch in einer geringeren Erwerbsquote aus. Da in der hier zitierten Untersuchung Personen mit einer bereits absolvierten Erwerbstätigkeit zwischen einem und 30 Jahren einbezogen wurden, sind Effekte wie längere Bildungswege oder frühere Pensionierung nicht wirksam. Dennoch (und bei etwa gleichen Arbeitslosenraten) ist *nonemployment* 1994 um 3,5% höher als 1974. „Our analysis implies that the changes in labor-market fundamentals have raised the natural rate of joblessness over time.“ Less skilled workers „have simply left the labor force.“ (299)
- (41) Rifkin (1997).
- (42) Vgl. zur Kriminalität Bennett/ Dilulio/ Walters (1996); Hagan/ Peterson (1995).
- (43) Krugman (1995) 13.
- (44) Krugman (1995) 20. Dies ist immerhin ehrlich, angesichts einer Fülle großartiger ökonomischer Theorien, die binnen weniger Jahre widerlegt worden sind. Krugmans wirtschaftspolitische Schlußfolgerung: „So what are we going to do about productivity

growth in the United States? Nothing.- Well, not exactly nothing. There are various things the government can do that might accelerate productivity growth without great political risks, from encouraging higher educational standards to supporting a few industry research consortia. These things will be tried, and some of them may even work a little. But the basic political consensus at present is that a low rate of productivity growth is something America can live with. We can hope that something will turn up, and that productivity growth will accelerate of its own accord." (22)

- (45) Von 1984 bis 1994 sind die nominellen Medianeinkommen um 46,6% gestiegen, die Preise um 42,6%. Aber die medizinischen Ausgaben haben um 136,9% zugenommen und die Ausgaben für ein privates College um 95%, für ein öffentliches um 81,7%.
- (46) Eine Einschränkung ist zu machen. Die zusätzlichen Leistungen, etwa Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung und zu den Pensionsprogrammen, sind in den Achtzigern stark gewachsen, und auch diese drücken sich in den Löhnen nicht aus. Eine neue Untersuchung, die diese benefits berücksichtigt, hat allerdings kaum Auswirkungen gefunden, denn das Umsichgreifen fester Pensionspläne hat gleichzeitige Kürzungen bei den Leistungen mit sich gebracht. Vgl. dazu Bosworth und Perry (1994).
- (47) Vgl. die Schilderungen der Präsidentschaft von Woodward (1994) und Drew (1994).
- (48) The New York Times (1996).
- (49) Tanzi/ Schuknecht (1997).
- (50) Vgl. dazu und in der Folge Musgrave (1997). Musgrave vermerkt auch als Kritik der public choice-Theoretiker: „Voting outcomes may lead to deficient as well as excessive budgets, bureaucrats (why not civil servants?) may be public-spirited as well as selfish, and political leadership may be constructive as well as destructive.“ Und er fügt hinzu: „Downsizing as the ultimate policy goal makes no sense.“ (1997) 156.
- (51) Vgl. Eisner (1997). Manche warnen natürlich vor dem Zurückstutzen der Staatsausgaben: erstens, weil die letzten sechs Rezessionen alle von ebensolchen Maßnahmen eingeleitet wurden, zweitens, weil man sich - besonders durch politische Festlegungen oder gar durch gesetzliche Festlegungen - jeder konjunkturpolitischen Manövrier-masse beuge.
- (52) Steuerliche Maßnahmen der letzten Jahre sind in größerem Umfang den oberen Einkommensschichten zugute gekommen. Für die Steuerreform 1997 wurde geschätzt, daß etwa die Hälfte des Steuerverzichts den oberen 5 Prozent der Amerikaner zukommen, das oberste Fünftel bekommt mehr als 75 Prozent der Begünstigungen. Das Durchschnittseinkommen wird um etwa 200 \$ im Jahr entlastet, das oberste Prozent der Einkommen um mehr als 16.000 \$; Reich (1997).
- (53) Musgrave (1997) 158.
- (54) Zu Clintons Persönlichkeit siehe den Roman von Anonymus (1996) und die psychologische Interpretation von Renshon (1996).
- (55) Vgl. dazu Skocpol (1995).
- (56) Vgl. etwa Gingrich (1995); Moore (1995); und die Schilderung von Drew (1996).
- (57) Time (8. Dezember 1997) 37.
- (58) Gordon (1994). In der amerikanischen Definition ist *welfare* zu einer Bezeichnung für bestimmte, eher mit Aversion betrachtete soziale Programme geworden, während die anderen Programme, die „ordentlichen Bürgern“ zugute kommen, als *social insurance* bezeichnet werden. Letztere decken jene Risiken von Arbeitnehmern und ihren Familien ab, die mit Pension, Krankheit, Behinderung oder Arbeitslosigkeit zu tun haben. Was man in dieser Weise bekommt, hat man (durch Beiträge) vorher „verdient“. *Welfare* hingegen ist die stigmatisierte Hilfe für die Armen, sie ist insbesondere mit dem Hilfsprogramm für ledige Mütter (*Aid to Families with Dependent Children*) identifiziert worden.
- (59) Peterson (1997); Pierson (1995).
- (60) Meyerson (1997).
- (61) Putnam (1995a und 1995b).
- (62) Die klassische „Kultur der Öffentlichkeit“ ist verlorengegangen: jene Öffentlichkeit, die

daraus entstanden ist, daß die Menschen vor ihren Häusern, in der Nachbarschaft und in den Parks zusammengekommen sind. Jene Gemeinschaften, welche die Statistiken immer noch üppig aussehen lassen, sind keine face-to-face-Gruppen mehr.

- (63) Die Konservativen halten nicht nur in Anbetracht funktionierender Gemeinschaften den Ratschlag bereit, diesen die Wohlfahrtsaktivitäten zu überlassen; sie machen im Hinblick auf erodierende Gemeinschaften den Wohlfahrtsstaat als Schuldigen ausfindig, weil er durch seine allgegenwärtige Versorgung die *communities* überflüssig gemacht hat. In dieser Sicht ist es nicht der blühende, unregulierte Kapitalismus, der die *communities* geschädigt hat, sondern es ist das Netz von Transfergeldern, das die Gemeinschaften hat obsolet werden lassen. Aber beide Argumente sind nur schwer zur gleichen Zeit einsetzbar. Einerseits: Der Wohlfahrtsstaat sei verzichtbar, weil die blühenden Gemeinschaften seine Aufgaben viel effizienter erbringen können. Andererseits: Der Wohlfahrtsstaat müsse abgebaut werden, weil an der Zerstörung der Gemeinschaften seine devastierende Wirkung auf private Aktivitäten ablesbar sei.
- (64) Lipset (1996).
- (65) Kennedy (1987); Bloom (1987); Huntington (1996).
- (66) Kuttner (1997).
- (67) Greider (1997).
- (68) The New York Times (1996).
- (69) Soros (1997).
- (70) Es ist auf die übliche Sprachverwirrung hinzuweisen: „Liberale“ politische Auffassungen sind im amerikanischen Sprachgebrauch interventionistisch, progressiv und sozialdemokratisch, genau gegen jenen Wirtschaftsliberalismus gerichtet, der in Europa als „liberal“ bezeichnet wird. Deshalb bürgert es sich zunehmend ein, den radikalen Wirtschaftsliberalismus - etwa in der Nachfolge von Friedrich von Hayek und Ludwig von Mises und im Milieu der gegenwärtigen Neo-Austrians - als „libertär“ zu bezeichnen.
- (71) „Libertarianism ... is less a philosophical proposal than a political and cultural invitation. It invites us to indulge and cultivate our worst possibilities: disgust and despair at government, a retreat into lifestyle enclaves, and a surrender of the democratic hope of collectively improving all of society. Moreover, it sanctions a new dogmatism in its cynical (if inconsistent) view of human motivation and its perfectly consistent obtuseness to economic coercion.“ Purdy (1997).
- (72) Greiner (1997) 20.

Literatur

- Aigner, Wolfgang, Bill Clinton. Ein Portrait (München 1993).
- Albert, Michel, Capitalism Contre Capitalism (Paris 1991); dt: Kapitalismus contra Kapitalismus (Frankfurt a.M. 1992).
- Alchian, Armen; Demsetz, Harold, Production, Information Costs, and Economic Organization, in: The American Economic Review 62 (1972) 777-795.
- Allen, Charles F., Bill Clinton. Eine Biographie (Frankfurt a.M. 1992).
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft (Münster 1996).
- Anonymus, Primary Colors. A Novel of Politics (New York 1996).
- Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus (Wien 1997).
- Atkinson, Glen, Capital and Labor in the Emerging Global Economy, in: Journal of Economic Issues 31 (1997) 385-391.
- Becker, Gary S., Der trügerische Wohlfahrtsstaat, in: Standard (27. März 1997).
- Bennett, William J; Dilulio Jr.; John J.; Walters John P., Body Count: Moral Poverty and How to Win America's War Against Crime and Drugs (New York 1996).
- Berger, Peter L. (Hrsg.), Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften (Gütersloh 1997).

- Bloom, Allan, *Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur* (Hamburg 1988), amerik. *The Closing of the American Mind. How Higher Education Has Failed Democracy and Impoverished the Souls of Today's Students* (New York 1987).
- Boaz, David, *Libertarianism. A Primer* (New York 1997).
- Bosworth, Barry; Perry, George L. Productivity and Real Wages, Is There a Puzzle? In: *Brookings Papers on Economic Activity* 1 (1994), 317-335.
- Campbell, Colin (Hrsg.), *The Clinton Presidency. First Appraisals* (Chatham, NJ 1996).
- Danziger, Sheldon; Gottschalk, Peter, *Uneven Tides. Rising Inequality in America* (New York 1993).
- Danziger, Sheldon; Gottschalk, Peter, *America Unequal* (Cambridge 1995).
- Denton, Robert E. (Hrsg.), *The Clinton Presidency. Images, Issues, and Communication Strategies* (Westport, Conn. 1996).
- Dionne, E. J. Jr., *They Only Look Dead. Why Progressives Will Dominate the Next Political Era* (New York et al. 1996).
- Drew, Elizabeth, *On the Edge. The Clinton Presidency* (New York 1994).
- Drew, Elizabeth, *Showdown. The Struggle Between the Gingrich Congress and the Clinton White House* (New York et al. 1996).
- Economic Policy Institute, *Nonstandard Work, Substandard Jobs. Flexible Work Arrangements in the U.S.* (<http://epinet.org/97labex1.html>).
- Eisner, Robert, *The Great Deficit Scare. The Federal Budget, Trade, and Social Security* (New York 1997).
- Follath, Erich (Hrsg.), *Bill Clinton. Vom Vorbild zum Verlierer?* (München 1993).
- Galbraith, John Kenneth, *The Culture of Contentment* (New York 1992).
- Gingrich, Newt, *To Renew America* (New York 1995).
- Gordon, David M., *Fat and Mean. The Corporate Squeeze of Working Americans and the Myth of Managerial „Downsizing“* (New York 1996).
- Gordon, Linda, *Pitied But Not Entitled. Single Mothers and the History of Welfare* (New York 1994).
- Gottschalk, Peter, *Inequality, Income Growth, and Mobility, The Basic Facts*, in: *Journal of Economic Perspectives* 11 (1997) 21-40.
- Gottschalk, Peter; M. Smeeding, Timothy, *Cross-National Comparisons of Earnings and Income Inequality*, *Journal of Economic Literature* 35 (1997) 633-687.
- Greene, Jack P., *The Intellectual Construction of America. Exceptionalism and Identity from 1492 to 1800* (Chapel Hill, NC 1993).
- Greider, William, *One World, Ready or Not. The Manic Logic of Global Capitalism* (New York 1997).
- Greiner, Ulrich, *Gelobtes Land. Amerikanische Schriftsteller über Amerika* (Reinbek b.H. 1997).
- Groenewegen, John, *Institutions of Capitalisms, American, European, and Japanese Systems Compared*, in: *Journal of Economic Issues* 31 (1997) 333-347.
- Hagan, John; Peterson, Ruth D. (Hrsg.), *Crime and Inequality* (Stanford 1995).
- Handler, Joel F.; Hasenfeld, Yeheskel, *We the Poor People. Work, Poverty and Welfare* (New York 1997).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, 2 Bde (Frankfurt a.M. 1997).
- Himmelfarb, Gertrude, *The De-Moralization of Society. From Victorian Virtues to Modern Values* (New York 1994).
- Hirst, Paul; Thompson, Grahame, *Globalization in Question. The International Economy and the Possibility of Governance* (Cambridge 1996).
- Huntington, Samuel P., *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* (New York 1996).
- Kennedy, Paul, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000* (Frankfurt a.M. 1991); amerik. *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* (New York 1987).

- Krugman, Paul, *The Age of Diminished Expectations. U.S. Economic Policy in the 1990s* (Cambridge, London 1990, 1995).
- Kuttner, Robert, *Everything for Sale. The Virtues and Limits of Markets* (New York 1997).
- Levy, Frank; Murnane, Richard J., *U.S. Earnings Level and Earnings Inequality. A Review of Recent Trends and Proposed Explanations*, in: *Journal of Economic Literature* 30 (1992) 1333-1381.
- Lipset, Seymour Martin, *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword* (New York 1996).
- Lipset, Seymour Martin, *The First New Nation. The United States in Historical and Comparative Perspective* (New York 1963).
- Maraniss, David, *First in His Class. A Biography of Bill Clinton* (New York 1995).
- Meyerson, Harold, *Dead Center*, in: *American Prospect* 1 (1997) 60-67.
- Mitchell, Daniel (Für die Heritage Foundation), *The Flat Tax. Freedom, Fairness, Jobs, and Growth* (Washington, DC 1996).
- Moore, Stephen (For the House Republicans), *Restoring the Dream* (New York 1995).
- Morris, Roger, *Die Clintons. Eine amerikanische Karriere* (Hamburg 1996).
- Murphy, Kevin M.; Topel, Robert, *Unemployment and Nonemployment*, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings* 87 (1997) 295-300.
- Murray, Charles, *Losing Ground. American Social Policy 1950-1980* (New York 1984, 2nd ed. 1994).
- Murray, Charles, *What It Means to Be a Libertarian. A Personal Interpretation* (New York 1997).
- Musgrave, Richard A., *Reconsidering the Fiscal Role of Government*, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings* 87 (1997) 156-159.
- Osborne, David; Daehler, Ted, *Reinventing Government* (New York 1992).
- Ozaki, Robert, *Human Capitalism. The Japanese Enterprise System as World System* (New York, Tokio 1991).
- Peterson, Janice, 'Ending Welfare....'. *The Symbolic Importance of Welfare Policy in America*, in: *Journal of Economic Issues* 31 (1997) 425-431.
- Pierson, Paul, *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment* (Cambridge, New York 1995).
- Prisching, Manfred, *Die Vereinigten Staaten in der Ära Clinton*, in: *Europäische Rundschau* 25 (1997) 97-111.
- Purdy, Jedediah S., *The Libertarian Conceit*, in: *American Prospect* 6 (1997) 87-92.
- Putnam, Robert D., *Tuning In, Tuning Out, The Strange Disappearance of Social Capital in America*, in: *PS. Political Science and Politics* 28 (1995) 664-683.
- Putnam, Robert D., *The Strange Disappearance of Civic America*, in: *The American Prospect* 24 (1995) 34-48.
- Reich, Robert, *The Missing Options*, in: *American Prospect* 6 (1997) 6-8.
- Renshon, Stanley N. (Hrsg.), *The Clinton Presidency. Campaigning, Governing and the Psychology of Leadership* (Boulder, Col. 1995).
- Renshon, Stanley A., *High Hopes. The Clinton Presidency and the Politics of Ambition* (New York 1996).
- Rifkin, Jeremy, *The End of Work. The Decline of the Global Labor Force and the Dawn of the Post-Market Era* (New York 1995).
- Rifkin, Jeremy, *Teures Sozialnetz Gefängnis* (Interview), in: *Standard* (18. April 1997).
- Rothman, David J., *Beginnings Count. The Technological Imperative in American Health Care* (Oxford 1997).
- Schor, Juliet B., *The Overworked American. The Unexpected Decline of Leisure* (New York 1993).
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques, *Le Défi Américain* (Paris 1967); dt. *Die amerikanische Herausforderung* (Hamburg 1969).
- Shafer, Byron E. (Hrsg.), *Present Discontents. American Politics in the Very Late Twentieth Century* (Chatham, NJ 1997).
- Shafer, Byron E. (Hrsg.), *Is America Different? A New Look at American Exceptionalism* (Oxford u.a. 1991).

- Skocpol, Theda, *Social Policy in the United States. Future Possibilities in Historical Perspective* (Princeton, NJ 1995).
- Skocpol, Theda, *Boomerang. Clinton's Health Security Effort and the Turn against Government in U.S. Politics* (New York, London 1996).
- Sombart, Werner, *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* (Tübingen 1906).
- Soros, George, *The Capitalist Threat*, in: *The Atlantic Monthly* 279/2 (1997) 45-58.
- Steiner, George, *Die Archive von Eden*, in: ders., *Der Garten des Archimedes. Essays* (München 1997) 187-245.
- Tanzi, Vito; Schuknecht, Ludger, *Reconsidering the Fiscal Role of Government. The International Perspective*, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings* 87 (1997), 164-168.
- Teufel, Erwin (Hrsg.), *Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?* (Frankfurt a.M. 1996).
- The New York Times*, *The Downsizing of America* (New York 1996).
- Weatherford, M. Stephen; McDonnell, Lorraine M., *Clinton and the Economy. The Paradox of Policy Success and Political Mishap*, in: *Political Science Quarterly* 111 (1996).
- Woodward, Bob, *The Agenda. Inside the Clinton White House* (New York 1994).